

DIETRICH BEYRAU

IMPERIALE FORMATION

DIE SOWJETUNION UND IHR GLACIS IN EUROPA

Imperialism – the highest stage of socialism¹
Nationalism is the last stage of communism²

Hegemonie, Imperium, Imperiale Formationen

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die siegreiche Sowjetunion eine hegemoniale Position auf dem eurasischen Kontinent ein. In Osteuropa errichtete sie ein Imperium mit einem inneren Kern – den ostslawischen Republiken der Sowjetunion –, mit einem dem inneren Kern angeschlossenen Gürtel formal souveräner Sowjetrepubliken und schließlich mit einem Glacis, einem Vorfeld strukturgleicher Republiken. Später bezeichneten sie sich selbst als Volksrepubliken oder als sozialistische Staaten. Letztere nannte man zunächst böswillig, aber nicht zufällig „Satelliten“. Sie kamen dem Anspruch, souveräne Staaten zu sein, spätestens seit dem Tod Stalins schon sehr viel näher als die Sowjetrepubliken. Dann gab es weitere Staaten wie Österreich und Finnland, die sich im Ost-West-Konflikt, wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise, als neutral definierten und denen keine Strukturangleichung an die Sowjetunion abverlangt worden war.

Wie Ronald G. Suny und Terry Martin zutreffend beobachteten, wurde die Sowjetunion nur auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in den 1950er Jahren und nach ihrem Ende als Imperium definiert; zumeist ließ man sich mehr auf ihren eigenen Anspruch ein, eine Union von Sowjet-

¹ Angelehnt an den Titel des Aufsatzes von YURI SLEZKINE, *Imperialism as the Highest Stage of Socialism*, in: *The Russian Review* 59 (2000), H. 2, S. 227–234.

² Zitat von ADAM MICHNIK, in: *Central and Eastern Europe 1944–1993*, hg. v. ISTVAN T. BEREND, Cambridge 1996, S. 367.

republiken zu sein, ohne sich lange Zeit für diese wirklich zu interessieren – dies im Unterschied zum osteuropäischen Vorfeld.³

Im Vergleich zum Römischen Reich, zum spanischen Weltreich oder zuletzt zum Britischen Empire war das Russische Reich lange Zeit ein eher vernachlässigter Gegenstand der Forschung. Das hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion geändert. Nun wurden Russland und die Sowjetunion als kontinentales Reich im Vergleich zu den maritimen Imperien ein viel beachteter Gegenstand der Forschung.⁴

Nach dem Untergang des Osmanischen und Russischen Reiches und der Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg schienen Imperien eher der Vergangenheit anzugehören. Der Versuch des Deutschen Reiches und Japans, sich durch militärische Eroberung Imperien zu zimmern, ist im wahrsten Sinne „total“ gescheitert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten auch die großen Kolonialreiche zunehmend in die Krise und lösten sich teils mit Gewalt, teils durch Verhandlungen auf. Die Zukunft schien den Nationalstaaten zu gehören.

Die Illusion von der Souveränität der Nationen erfuhr aber selbst auf der nördlichen Erdhalbkugel dramatische Blessuren durch den Kalten Krieg zwischen den beiden atomaren Supermächten. Diese beeinflussten maßgeblich die politische und ökonomische Struktur der Staaten und Gesellschaften ihrer Einflussphären. Je nach politischer Position wurden diese Einflussnahmen als amerikanischer oder als (roter) Imperialismus – positiv gewendet –, als Sozialismus oder als Bündnis innerhalb der „freien

³ A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin, hg. v. RONALD G. SUNY / MARTIN TERRY, Oxford / New York 2001, S. 15 f., 23.

⁴ After Empire: Multiethnic Societies and Nation Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman and Habsburg Empires, hg. v. KAREN BARKEY / MARK VON HAGEN, Boulder, CO 1997; JÖRG BABEROWSKI, Stalinismus als imperiales Phänomen: Die islamischen Regionen der Sowjetunion 1920–1941, in: Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, hg. v. STEFAN PLAGGENBORG, Berlin 1998, S. 113–150; DOMINIC LIEVEN, The Russian Empire and its Rivals from the Sixteenth Century to the Present, London 2000; Imperial Rule, hg. v. ALEXEI MILLER / ALFRED J. RIEBER, Budapest 2005; IL’JA GERASIMOV u. a., Novaja imperskaja istorija postsovetskogo prostranstva [Neue imperiale Geschichte des postsowjetischen Raumes], Kazan’ 2004; DIES., Novaja imperskaja istorija Severnoj Evrazii [Neue imperiale Geschichte des nördlichen Eurasien], 2 Bde. Kazan’ 2017; Imperienvergleich. Beispiele und Aufsätze aus osteuropäischer Perspektive, hg. v. GUIDO HAUSMANN / ANGELA RÜSTEMEYER, Wiesbaden 2009; Empire Speaks Out. Languages of Rationalization and Self-Description in the Russian Empire, hg. v. ILYA GERASIMOV u. a., Leiden / Boston 2009; KRISHAN KUMAR, Visions of Empire. How Five Imperial Regimes Shaped the World, Princeton 2017; VALERY KIVELSON / RONALD G. SUNY, Russia’s Empires, Oxford 2017; SERHII PLOKHY, The Quest for Empire and the Making of the Russian Nation from 1470 to the Present, New York 2017.

Welt“ ausgegeben. In letzteres seien die europäischen Staaten eingeladen und nicht hineingezwungen worden. Die Selbstbezeichnung als „Friedenslager“ oder als „sozialistisches Lager“ deutet unfreiwillig auf Elemente des Zwangs in der östlichen Staatengemeinschaft.

Die Frage ist, ob man diese Hegemonialsphären in Europa als Imperien bezeichnen soll. Dieser Begriff ist zu sehr mit den älteren Kolonialreichen seit dem 16. Jahrhundert verbunden. Er wird den neuen Strukturen weder im Westen noch im Osten gerecht. Mit Blick auf die Sowjetunion und selbst auf die USA bevorzugt die neuere Diskussion den Terminus „imperiale Formationen“, weil sich die Formen von Abhängigkeiten stark von älteren Varianten der Abhängigkeit, Unterwerfung und Ausbeutung unterscheiden. Wenn man den Begriff „Imperium“ dennoch anwenden möchte, so gilt für das Selbstverständnis der Sowjetunion so gut wie für das der USA, dass sie ihren imperialen Charakter verleugneten („empires in denial“). Denn beide Staaten sind bekanntlich im Kampf gegen die alten Imperien und Kolonialreiche entstanden. Der Terminus der imperialen Formationen erscheint weit genug, um sehr verschiedene Formen von Abhängigkeit, Interventionen und Unterwerfung zu erfassen.⁵ Und er ist doch enger als der Begriff der Hegemonie, der eher auf eine ungleiche Verteilung der militärischen, ökonomischen und kulturellen Macht souveräner Staaten zielt. Beide Begriffe lassen sich allerdings in der Analyse ebenso wenig scharf trennen wie in den historischen Konstellationen.

Die UdSSR als Imperium eigener Art

Im Folgenden wird es um die Sowjetunion und ihre Einflussphäre in Europa gehen. Wie bekannt verstanden sich die *Bolševiki* als Kämpfer gegen den Imperialismus und Kolonialismus. Sie organisierten die Sowjetunion als Union souveräner Sowjetrepubliken. Den überkommenen Ungleichheiten und Formen von Abhängigkeit und Subalternität begegneten sie mit Programmen besonderer Förderung „kulturell rückständiger“ Völker und mit einem sozialen Gleichheitsfuror. Dieser verursachte aber nur neue rechtliche und materielle Ungleichheiten und sogar Diskriminierungen. Es war eine Politik, die alle Formen überkommener ständischer

⁵ ANN LAURA STOLER, *Imperial Formation and the Opacities of Rule*, in: *Lessons of Empire. Imperial Histories and American Power*, hg. v. CRAIG CALHOUN u. a., New York / London 2005, S. 48–60, Zitat S. 50; *Imperial Formations*, hg. v. ANN LAURA STOLER u. a. Oxford 2007.

und sozialer Ungleichheit und besonders auch ethnischer Diskriminierung bekämpfen wollte, aber neue Formen von Ungleichheit und Privilegierung hervorbrachte.

Von Anfang an lassen sich in der Definition von Klassen, in den Praktiken des Klassenkampfes Elemente neuer Hierarchisierung, Privilegierung und Diskriminierung erkennen: Den „Ehemaligen“ – Priestern, Unternehmern, Kaufleuten, Managern, Staatsdienern und Adligen – blieb das Wahlrecht (bis 1936) und damit verbundene materielle und soziale Ansprüche an den Staat vorenthalten. Mit der Durchsetzung der Planwirtschaft und der Kollektivierung der Bauern etablierte sich eine in mancher Hinsicht an Stände erinnernde Status-Hierarchie. An der Spitze standen die Angehörigen der Nomenklatura, und den Bodensatz bildeten die Verbannten und die Insassen von Arbeitsbesserungskolonien und Arbeitsbesserungslagern (Gulag). Dazwischen gab es eine Stufung mehr oder minder privilegierter oder benachteiligter Bevölkerungs- und Berufsgruppen. Das Spektrum reichte von den Angehörigen großer Betriebe, zentraler Behörden in den Hauptstädten bis hinunter zu den in ihrer Freizügigkeit und materiellen Ansprüchen eingeschränkten *Kolchosniki*.

Von Anfang an war es mit der Gleichberechtigung der „souveränen“ Sowjetrepubliken schlecht bestellt. Spätestens seit Einführung der Planwirtschaft hatten die zentrale Parteibürokratie unter Stalin und die expandierenden Unionsministerien alle wichtigen Kompetenzen an sich gezogen, so dass die Führungen in den Republiken einschließlich der lokalen Machthaber in der Russischen Föderation (RSFSR) immer mehr zu Bittstellern wurden.

Unbestritten ist, dass die Sowjetunion von Anfang an keine Union gleichberechtigter Sowjetrepubliken war. Aber war sie deshalb ein Imperium? In der saloppen Formulierung Jurij Slëzkines war die UdSSR

„sehr groß, böse, asymmetrisch, hierarchisch, heterogen und zum Untergang verurteilt. Sie war auch Utopie an der Macht und ein Gefängnis für die Völker (verurteilt zu einem Leben ohne Haftentlassung oder zum Tod durch Verschmelzung).“⁶

Letzteres spielt an auf die seit Stalin immer wieder abgerufene Theorie vom „Aufblühen“ der Völker im Sozialismus, ihrer Annäherung und endlichen Verschmelzung im Kommunismus.

Eine andere Perspektive ergibt sich, wenn man von Zentralasien aus auf die UdSSR blickt: Die Sowjetunion unternahm zunächst alle An-

⁶ SLEZKINE, Imperialism, S. 227.

strebungen, sich grundsätzlich von den älteren Kolonialreichen zu unterscheiden. Die „kulturell rückständigen“ Völker wollte sie auf einen „universellen Stand“ der modernen Zivilisation bringen. Sie zerstörte – oft genug gegen den Widerstand der russischen (ostslavischen) Zuwanderer – systematisch die einstige koloniale Differenz. Die Menschen Zentralasiens und anderer rückständiger Regionen sollten den Sowjetstaat als Bürger wie die Russen erleben. Allerdings: „Alle Bürger waren gleich in ihrem Recht rekrutiert, aufgeklärt, zivilisiert und in die Utopie gezerrt zu werden.“ Auf dem Weg in die Utopie wurden die „kulturell rückständigen“ Völker Sibiriens, Zentralasiens und des Nordkaukasus zunächst einmal in moderne Nationen aufgeteilt. Der Status als gleichberechtigte Bürger mit eigener verordneter Nationalität war dabei nicht mit den klassischen Bürger- oder gar den Menschenrechten assoziiert.⁷ Die Nation und die Zugehörigkeit zu einer Nationalität erhielten spätestens seit Stalin einen immer stärker essentialistisch-primordialen Charakter, d. h. bald gab es eine neue Kategorie von diskriminierten Nationalitäten.

Die Zentralisierung der strategisch wichtigen Kompetenzen in Moskau veränderte den Status der Republiken. Insbesondere in Mittelasien wurde die Politik der Monokultur (Baumwolle) wieder aufgenommen, eine Politik, die sich im Zarenreich bereits abgezeichnet hatte. Ungleichheit der Nationalitäten ergab sich als Folge des Urbanitäts- und Bildungsvorsprungs von Russen (auch von Juden, Armeniern und Georgiern). Diese dominierten zunächst in der Nomenklatur und in den wichtigen Apparaten der Republiken. Es bestand eine Tendenz, Russentum mit Fortschritt und der Industriekultur gleichzusetzen, während Bauern- und Nomadenvölker als „rückständig“ galten. Mit der Kollektivierung wurden sie – wie auch die russischen Bauern – einem gewalttätigen „Zivilisierungsprozess“ unterworfen, der Millionen von Opfern kostete.

Imperiale Nation und nationale Subeliten

Stalin hatte bereits 1924 dem russischen Proletariat eine besondere historische Rolle in der Revolution und für den künftigen Aufbau des Sozialismus in der UdSSR zugeschrieben. In seinem Trinkspruch vom 24. Mai 1945 ging es schon nicht mehr um die Vorzüge des russischen Proletariats,

⁷ BABEROWSKI, Stalinismus als imperiales Phänomen, S. 113–150; ADEEB KHALID, The Soviet Union as an Imperial Formation, A View from Central Asia, in: Imperial Formations, S. 113–139, Zitat S. 126.

sondern um die des russischen Volkes. Es sei die „hervorragendste Nation“ und die „führende Kraft“ unter den Völkern der Sowjetunion.⁸ Stalin beschrieb auf seine Weise ein Verhältnis, das Historiker und Soziologen später mit dem Begriff des „ruling people“ oder der „imperial nation“ umschrieben. Krishan Kumar hat sich hierzu wohl am explizitesten geäußert: Die meisten Imperien seien durch ein bestimmtes Volk oder eine ethnische Gruppe gegründet und entwickelt worden, die – wie u. a. die Russen – dem Reich ihren Namen gegeben haben. „Was immer ihre Anzahl ist, sie sind es, die ihren Charakter [der Imperien, D. B.] bestimmen.“ Sie seien das „staatstragende Volk“ im Imperium und identifizierten sich mit ihm mehr als andere Völker. Zudem seien sie oft auch die Träger einer politischen Mission, sei sie religiös wie (zeitweise) im Fall der arabischen und osmanischen Reiche oder des spanischen Reiches, sei sie eher kulturell – wie die *mission civilisatrice* Großbritanniens und Frankreichs –, sei sie säkular – die Weltrevolution im Visier –, wie im Fall der Sowjetunion.⁹

Im Laufe der Jahrzehnte verschoben sich zwar die Gewichte der einzelnen Völker, Regionen und Republiken. Aber der russische Bevölkerungsteil bzw. seine Eliten blieben bis in die Zeit Brežnevs dominierend in der Politik, in der Wirtschaft (und Rüstung), in der Technostruktur und der Wissenschaft, also in den strategisch wichtigsten Bereichen.

Die Kultureliten der „rückständigen“ Sowjetrepubliken waren zu erheblichen Teilen seit Ende der 1920er Jahre als sogenannte Nationaldemokraten eliminiert worden, parallel zu den Kampagnen gegen die russischen „bürgerlichen Spezialisten“. Die Parteikader und die neuen Kultureliten rekrutierten sich dennoch seit den 1930er/1940er Jahren wieder vorwiegend aus dem lokalen nationalen Umfeld. Parallel verstärkte sich seit Chruščev der russisch-ostslawische Zuschnitt der zentralen Parteiapparate und Unionsministerien. In den nicht-russischen Sowjetrepubliken hingegen besetzten nationale Kader mit ihrer Patronage und ihren Netzwerken die politischen Ämter, manchmal kontrolliert durch

⁸ JOSEPH STALIN, Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten (1924), in: DERS., Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 101–133, hier S. 116; Stalins Trinkspruch auf das Wohl des russischen Volkes, in: Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, hg. v. HELMUT ALRICHTER, München 1986, S. 325.

⁹ KUMAR, Visions of Empire, S. 28 f.; DERS., Nation and Empire: English and British National Identity in Comparative Perspective, in: Theory and Society 29 (2000), S. 575–608; ALEXANDER SEMYONOV, How Five Empires Shaped the World and How this Process Shaped those Empires, in: Ab Imperio 4 (2017), S. 27–51.

Agenten der Zentrale, zumeist durch die zweiten (oft russischen) Parteisekretäre. Dank der sehr langen Amtsdauer der Ersten Parteisekretäre der Sowjetrepubliken waren unter Brežnev nationale Subeliten entstanden – ein russischer Autor spricht in Anlehnung an die ältere russische Geschichte von „Teilfürstentümern“ (*udel'nye knjažestva*) – mit unterschiedlich ausgeprägter Verhandlungsmacht, aber wohl immer mit Protektoren in Moskau.¹⁰ Das Verhältnis blieb asymmetrisch, wie gelegentliche Durchgriffe Moskaus zeigen, wenn es um wichtige, das Zentrum berührende Fragen ging wie Migration, Industrialisierung oder „lokalen“ Nationalismus. Gegenüber Mittelasien und den kaukasischen Republiken, aber auch russischen Gebieten stand das Überhandnehmen von Korruptionsketten im Vordergrund der Interventionen. Gegen Ende der Sowjetzeit gerieten sogar die Familie Brežnevs und ihre Verbindungen zur usbekischen Baumwollmafia ins Visier der Kontrollorgane und Gerichte.¹¹

Souveränität, Migration und Sprache

Seit den 1930er Jahren wurden die kasachische und die anderen mittelasiatischen Republiken überschwemmt von teils freiwilliger, teils erzwungener Zuwanderung aus den ostslavischen Republiken. Die Kasachen gerieten in ihrer eigenen Republik in die Minderheit. Ähnliches vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg – gegen hinhaltenden Widerstand – in den baltischen Republiken Lettland und Estland, von den vielen autonomen Republiken in der RSFSR ganz zu schweigen. Probleme des „lokalen“ Nationalismus veranlassten die Zentrale, mit Hilfe einheimischer Kader 1949 in Estland, 1959 in Lettland und 1972 in der Ukraine die Parteiführungen auszutauschen. Diese Maßnahmen waren in allen Fällen begleitet von massiven Parteiausschlüssen, Entlassungen aus den staatlichen Behörden und Bildungseinrichtungen und einer systematischen Vernachlässigung der einheimischen Sprachen. Im lettischen Fall war der „lokale“ Nationalismus auch mit Konflikten um die Art der Industrialisie-

¹⁰ VIKTOR I. KOZLOV, Nacionalizm, nacional-separatizm i russkij vopros [Nationalismus, nationaler Separatismus und die russische Frage], in: Otečestvennaja Istorija 1993, H. 2, S. 44–64, Zitat S. 48; RONALD G. SUNY, The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union, Stanford, CA 1993, S. 118 f.

¹¹ IL'JA ZEMCOV, Partija ili mafija. Razvorovannaja respublika [Partei oder Mafia. Die ausgeraubte Republik], Paris 1976; WILLIAM A. CLARK, Crime and Punishment in Soviet Officialdom. Combating Corruption in the Political Elite, 1965–1990, Armonk, NY 1993, S. 73–89, 151–165.

rung verbunden. Angesichts des geringen Bevölkerungswachstums war sie unvermeidlich verbunden mit massiven Zuwanderungen aus den benachbarten ostslavischen Republiken, d. h. mit der Gefahr, dass die Letten zur Minderheit im eigenen Lande werden würden. Im ukrainischen Fall spielte wie im Fall Lettlands auch die Frage der Kontrolle über die Industrie in der Republik eine Rolle. In der Periode der „Volkswirtschaftsräte“ (*sovnarchozy*) seit 1956 bis Mitte der 1960er Jahre lag die Kontrolle und Steuerung der einheimischen Wirtschaft zu erheblichen Teilen bei den Behörden der Republiken. Mit der Rezentralisierung der Wirtschaftskontrolle und -planung in Moskauer Ministerien und Komitees verloren die Republiken wieder – wie zu Stalins Zeiten – die Kontrolle über Planung und Ausbau der Industrie.

Zu Beginn der 1970er Jahre kontrollierten die lettischen Behörden nur noch etwa zehn Prozent der Industrie vor Ort. Zudem ließ sich die Zuwanderung aus den benachbarten ostslavischen Regionen nicht steuern. Es war die Rede von Lettland (und auch Estland) als einer russischen „zivilen Garnison“ (über die militärische Garnison schwieg man lieber).¹² In der Ukraine kursierten seit den 1920er Jahren ohnehin Vorwürfe, dass die Republik bei den Investitionen benachteiligt werde und ihre besten Kader außerhalb der Republik eingesetzt würden.¹³ In allen drei Fällen handelte es sich um Eingriffe in einem Zusammenspiel zwischen Moskauer Protektoren und lokalen Kadern, welche sich die Vorgaben aus Moskau zum Vorteil gegenüber lokalen Rivalen zu eigen gemacht hatten. Es waren dies Techniken, die mindestens bis 1953/56 auch bei den Kaderwechseln, Säuberungen und Prozessen gegenüber den Volksdemokratien funktioniert hatten.

Allerdings hatte die Nationalisierung der Kader in Mittelasien und in den kaukasischen Republiken seit den 1970er Jahren wieder einen Abfluss der ostslavischen Bevölkerung zur Folge, ein Prozess, der bis heute anhält. Seit den 1930er Jahren hatten die Migrationen vor allem von Angehörigen ostslavischer Völker mit den von zentralen Behörden geplanten und verwalteten Großbaustellen, mit der industriellen Erschließung und nicht

¹² ROBERT J. KAISER, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR*, Princeton, NJ 1994, S. 182.

¹³ Zu den Interventionen 1949, 1959 und 1972: ELENA ZUBKOVA, *Pribaltika i Kreml' 1940–1953* [Das Baltikum und der Kreml 1940–1953], Moskva 2008, S. 300–319; ROMUALD MISIUNAS / REIN TAAGEPERA, *The Baltic States. Years of Dependence 1940–1990*, London 1993, S. 134–145; GERHARD SIMON, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, Baden-Baden 1986, S. 324–329; OREST SUBTELNY, *Ukraine. A History*, Toronto u. a. 1990, S. 513–517.

zuletzt mit dem Gulag zu tun. Das Lagersystem war bekanntlich ein Teil der Großbaustellen, der industriellen (extraktiven) oder agrarischen Erschließung. Nach Stalin entstanden außerhalb der traditionellen Industriezonen neue mono-industrielle Agglomerationen, die im Wesentlichen durch Migrationen zustande gekommen waren. Sie wurden von den Betrieben und den sie kontrollierenden Unionsbehörden administriert und kannten bestenfalls Ansätze einer eigenen kommunalen Verwaltung. Sie funktionierten zudem als Schmelztiegel mit der Tendenz zur Russifizierung der nicht-russischen, besonders der ukrainischen Minderheiten.¹⁴

Ob die Durchsetzung des Russischen als *lingua franca* seit den 1930er Jahren und als „zweite Muttersprache“ seit Brežnev mit forcierter Russifizierung gleichzusetzen ist, bleibt umstritten. Ethnische Minderheiten in nicht-russischen Gebieten scheinen das Russische den Sprachen der Titularnationen aus praktischen Gründen, aber auch wegen des Nationalismus der Titularnationen bevorzugt zu haben. Dass Russisch faktisch zur Sprache der Wissenschaft, Technik und der Apparate geworden war, benachteiligte zweifellos Angehörige von Bildungsschichten anderer Nationalitäten. Im Unterschied zu den 1920er Jahren ging die Russifizierung einher mit einer bewussten Vernachlässigung und Verdrängung von Sprachen nicht nur kleiner Völker. In welchem Maße die (sprachliche) Russifizierung von Ukrainern und Belarussen in ihren Republiken und besonders in der sowjetischen Diaspora freiwillig oder erzwungen erfolgte, ist bis heute umstritten.¹⁵

Sowjetpatriotismus und Statusdifferenz

In diesen Auseinandersetzungen wird oft übersehen, dass in den vielen ethnischen Mischzonen bei Aufsteigern und ethnischen Minderheiten „Sowjetpatriotismus“ mit seinem russischen Einschlag attraktiv war. Sowjetpatriotismus funktionierte dabei über die Jahrzehnte hinweg als eine sehr flexible, unterschiedlich akzentuierte Reichsideologie. Sie ließ sich – jedenfalls zeitweise – durchaus mit dem Nationalismus einzelner Völker verbinden. Manchmal – wie im Zweiten Weltkrieg – wurde Sowjetpatriotismus national aufgeladen. Er schien vereinbar zu sein mit russi-

¹⁴ VLADIMIR KAZANSKIJ, Kul'turnyj landšaft i sovetskoe obitaemoe prostranstvo. Sbornik statej [Kulturlandschaft und sowjetischer bewohnbarer Raum], Moskva 2001.

¹⁵ SIMON, Nationalismus, S. 280 f., 379–384; KAISER, The Geography of Nationalism, S. 142 f., 254–256.

schem, ukrainischem, georgischem etc. Nationalismus.¹⁶ In der späten Stalin- und der späten Brežnev-Zeit setzten sich wieder stärker die russischen Akzente durch. Ziemlich penetrant war die Rede vom russischen „älteren Bruder“, der den „jüngeren Brüdern“ den historisch richtigen Weg gezeigt hatte. Die nicht-russischen Völker durften an dem Glück teilhaben, dank der Revolution des russischen Proletariats den Sozialismus aufzubauen. Geschichte und Kultur wurden fast ausschließlich aus der Sicht russischer Staatlichkeit und der russisch dominierten Völkerfreundschaft vermittelt.

Das einheitliche Schulsystem, die einheitlichen unionsweiten Staatsfeiern mit ihren festgelegten Ritualen und nicht zuletzt die Rekrutierung in die Armee sicherten eine sowjetische Sozialisation. Sie wird nach dem Zerfall der Sowjetunion oft genug – nicht nur in Russland und unter Russen – nostalgisch erinnert.¹⁷

Ungleichheit per se ist noch kein Kriterium für eine imperiale Formation. Im sowjetischen Falle ist es die besonders zu Zeiten Stalins exzessive administrativ-polizeiliche Zuteilung von Privilegien und Benachteiligung, die fast ständische Ordnung der Bevölkerung, die der Rechtsgleichheit grundsätzlich widersprach. Im Unterschied zu den kolonialen Imperien fehlte eine rassistisch-ethnische Statusdifferenz. Dies galt unter Stalin allerdings nur grundsätzlich. Ausgenommen waren Angehörige von Nationalitäten mit konnationalen Verbindungen ins Ausland. Der Kollaboration im Zweiten Weltkrieg bezichtigte Völker wurden zu Feindvölkern erklärt und z. T. kollektiv bestraft. Ihre Angehörigen unterlagen auch noch nach der Stalinzeit vielen Diskriminierungen. Schließlich traf es nach dem Krieg auch die Juden. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete, soweit ihre Angehörigen nicht aktiven Widerstand nachweisen konnten, unterlag ebenfalls bis zum Ende der Sowjetunion einer Vielzahl von Beschränkungen. Die praktizierte Privilegierung und Diskriminierung von Ethnien und Völkern unterschied sich aber nicht grundsätzlich von

¹⁶ SERHY YEKELCHYK, *Stalinist Patriotism as Imperial Discourse. Reconciling the Ukrainian and Russian „Heroic Past“*, in: *Kritika* 3 (2002), H. 1, S. 51–80.

¹⁷ BENNO ENNKER, *Sowjetgeschichte und Identitätsfindung heute. Historisches Erbe und Politik in Russland*, in: *Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Gerd Meyer*, hg. v. ARON BUZOGÁNY / ROLF FRANKENBERGER, Baden-Baden 2007, S. 109–133; S. JU. MALYŠEVA / A. A. SAL'NIKOVA, *Mul'tikul'turnost' rossijskogo regiona kak (de)stabilizirujuščij faktor. Povol'že XIX – načala XXI vv.*, [Multikulturalität der russischen Region als (de)stabilisierender Faktor. Das Wolgagebiet im 19. und zu Beginn des 20. Jhs.], Kazan' 2013.

analogen Situationen, wie sie auch in Nationalstaaten vorkommen bzw. in Staaten, die sich als Nationalstaaten definieren.

In der Stalinzeit beobachten wir durch die zwangsweisen Migrationen einerseits eine Vermischung von Völkern und Ethnien, vor allem in Sibirien und Mittelasien, und andererseits eine Entmischung wie im Fall der Verträge mit Polen. Sie planten einen Austausch der jeweiligen Minderheiten – Litauer, Belarussen, Ukrainer in die konnationalen Sowjetrepubliken, Polen ins nach Westen verschobene Polen – und realisierten diese Pläne größtenteils. Viele teils erzwungene Migrationen (bis 1953), teils freiwillige (nach 1953) liefen auf eine ethnische Homogenisierung hinaus; denn Angehörige von Minderheiten zogen, wo es möglich war, in ihre konnationalen Republiken. Bei Minderheiten und zahlenmäßig kleinen Völkern setzte sich hingegen die – wenigstens sprachliche – Russifizierung fort.¹⁸

Das extreme Status- und Machtgefälle in der sowjetischen Gesellschaft wurde nach Stalin gemildert. Dies geschah unter dem Schlagwort der Homogenisierung der Gesellschaft und bezog sich vor allem auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Das Dorf sollte „urbanisiert“ werden und Anteil haben an den Vorteilen der Stadt. Das Ideal war die Agro-Agglomeration. Was der Sowjetunion dennoch im Innern Züge des Imperialen verlieh, war die anhaltende Asymmetrie der Machtverteilung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Moskau, den Großstädten und den Provinzen, zwischen den Netzwerken der Moskauer und der multinationalen Nomenklatura in den Republiken, zwischen den Netzwerken der Nomenklatura und der Masse der Bevölkerung, und nicht zuletzt zwischen der Dominanz des Russischen in Technostruktur, Wissenschaft und Kultur gegenüber den oft auf Folklore reduzierten nationalen Kulturen in den nicht-russischen Sowjetrepubliken.

Es fehlte freilich nicht an Versuchen seit der Stalinzeit, die Einheit der Völker der Sowjetunion zu propagieren. Manche Historiker finden zwar, dass es „schockierend wenige Anstrengungen gab, eine ‚Sowjetnation‘“ zu schaffen.¹⁹ Aus der Sicht vieler Angehöriger nicht-russischer Völker dürfte dies anders erfahren worden sein. Es blieb allerdings meistens recht unbestimmt, was diese Einheit ausmachen könnte. In den Diskussionen der Historiker 1944 um die Rolle des Russischen Reiches gegenüber den eroberten Völkern versuchte sich die Historikerin Milica V. Nečkina an

¹⁸ SIMON, *Nationalismus*, S. 373; KAISER, *The Geography of Nationalism*, S. 184.

¹⁹ RONALD G. SUNY, *Learning from Empire. Russia and the Soviet Union*, in: *Lessons of Empire*, S. 73–93, hier S. 88.

einer Deutung des bereits im Umlauf befindlichen Begriffs vom Sowjetvolk. Es sei keine Nation,

„[...] sondern eine ungleich höher stehende, völlig neue, jüngst in der Menschheitsgeschichte hervorgetretene stabilste Gemeinschaft der Menschen. [...] Die wesentlichste Seite des Begriffes ‚Sowjetvolk‘ ist die Tatsache, dass in dieser Gesellschaftsform das Volk erstmals zum Subjekt der Geschichte wurde [...]“. ²⁰

Auch das Parteiprogramm von 1961 konzentrierte sich auf die „einheitliche Kultur der kommunistischen Gesellschaft“. Brežnev nahm 1972 wieder die Formel von der „Verschmelzung“ der Sowjetvölker auf. Es war das Stichwort für die Propagierung des Russischen als zweite Muttersprache und als Unterrichtssprache in den Schulen, oft auf Kosten der einheimischen Sprachen.²¹ In dem sehr wechselhaften Diskurs um das Sowjetvolk lassen sich Versuche erkennen, so etwas wie eine Reichsideologie zu schaffen, die zumindest unter der russischen Bevölkerung und bei manchen Minderheiten nicht ganz erfolglos war. Nicht umsonst ist die Rede von den Russen als „imperial Nation“.²²

Das externe Imperium – national in der Form und sozialistisch im Inhalt

Die im Zweiten Weltkrieg siegreiche Sowjetunion organisierte ihr geographisches Vorfeld nach Grundsätzen, die sich in der Sowjetunion selbst als praktikabel erwiesen hatten. Nach strategischen Gesichtspunkten wurden die neuen Territorien entweder als nationale Republiken in die Union hineingenommen²³ oder die Territorien wurden – wie das östliche Polen und Bessarabien – nach ethnopolitischen Gesichtspunkten mit Litauen, der Sowjetukraine, Belarus und Moldawien „vereinigt“ und auf diese Weise von der Herrschaft der „polnischen Pane“ und „rumänischen Bourgeoisie“ befreit, so die sowjetische Propaganda. Die Alliierten einig-

²⁰ Zit. nach RAINER LINDNER, Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrussland im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 353.

²¹ BORYS LEWYTYZKYJ, „Sovetskij narod“. Das Sowjetvolk. Nationalitätenpolitik als Instrument des Sowjetimperialismus, Hamburg 1983; DAVID BRANDENBERGER, Propaganda State in Crisis. Soviet Ideology, Indoctrination, and Terror under Stalin, 1927–1941, New Haven, CT 2011.

²² SLEZKINE, Imperialism, S. 234.

²³ ZUBKOVA, Pribaltika i Kreml’.

ten sich darauf, im weiteren Vorfeld – mit Ausnahme Polens – die Staaten in den Grenzen des Versailler Systems wiederherzustellen. Die Alliierten stimmten dabei den Wünschen der befreiten Völker bzw. ihrer alten und neuen Eliten nach ethnischer Flurbereinigung zu. Dieses Prinzip war bereits in den deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 und 1940 mit der Umsiedlung der Deutschen aus den baltischen Republiken und anderen sowjetisch besetzten Gebieten praktiziert worden.

An die Stelle von Minderheitenverträgen der Versailler Friedensordnung traten nun Grundsätze der Um-, Aus- und Aufsiedlung mit dem Ziel ethnischer Homogenität der neu entstehenden Volksrepubliken. Eine Ausnahme hiervon machte nur Rumänien. In erster Linie trafen Aussiedlung und Vertreibung die deutschen Minderheiten und die deutsche Bevölkerung in den neuen polnischen Westgebieten und den Sudetengebieten. Hierbei spielten nicht nur strategische Gesichtspunkte der neuen Staatsführungen eine Rolle, sondern auch Rache für erlittenes Unrecht. Dafür wurden die Deutschen als Kollektiv verantwortlich gemacht. Das Chaos der Nachkriegszeit und Vergeltung gingen hierbei eine nachträglich kaum zu scheidende Verbindung ein. Aber jenseits der Vergeltung ging es um den ethnisch homogenen Nationalstaat dies- und jenseits der sowjetischen Grenzen. Hiervon zeugen in erster Linie der mehr oder minder organisierte Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und den benachbarten Sowjetrepubliken und der dann abgebrochene Bevölkerungsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.²⁴

Hatten die Kommunisten Polens, Ungarns etc. in den 1920er Jahren noch als „nationale Nihilisten“ gegolten, so übernahmen sie – parallel zum Sowjetpatriotismus – spätestens seit 1939 nationalistische Parolen und machten sich Programme zu eigen, die zuvor von den rechten und nationalistischen Parteien propagiert worden waren. Auf diese Weise konnten sich die kommunistischen Parteien als die eigentlichen Patrioten darstellen. Die Rechte hingegen wurde, gleichgültig ob sie mit der deutschen Besatzung kollaboriert hatte oder nicht, als „faschistisch“ denunziert. Der Hass auf die Deutschen (und Ungarn) und die Übernahme nationalistischer Programme, welche die Nation zum Höchstwert stilisierte, wurden kombiniert mit dem kommunistischen Programm der forcierten Umgestaltung: Im Sozialismus würde die Nation zur Vollendung kommen. Dies zeigte sich auch in den historischen Narrativen. Sie knüpf-

²⁴ Im Überblick: Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. v. DETLEF BRANDES u. a., Köln u. a. 2010.

ten oft genug an die nationalistischen Vorbilder der Zwischenkriegszeit an mit ihren Feindbildern, nun klassenkämpferisch aufgemöbelt. Die multiethnische Geschichte Ostmitteleuropas wurde „national“ zugerichtet. Geschichte blieb nicht nur in Polen in den folgenden Jahrzehnten ein beliebtes Reservoir, aus dem sich zwar konkurrierende, aber in ihrer Semantik sehr ähnliche Narrative schöpfen ließen.²⁵

Mit den frei werdenden deutschen Vermögen und Ländereien verfügten die neuen Führungen zudem über disponible Güter, die umverteilt werden konnten.²⁶ Die Verbindung nationalistischer Programme mit sozialistischer Umgestaltung machte die Eigenart des „externen sowjetischen Imperiums“ aus.²⁷ Sie wurden realisiert von zu erheblichen Teilen importierten Eliten, die mit Hilfe der Roten Armee und der sowjetischen Geheimdienste an die Macht gekommen waren. Damit ging eine Strukturangleichung an zentrale Merkmale der Sowjetrepubliken einher: Die Organisation als formal souveräne Nationalstaaten, die Durchsetzung der Herrschaft der kommunistischen Parteien (trotz aller demokratischen Fassaden von „Nationalen Fronten“, „Demokratischen Blocks“ etc.), die Durchsetzung einer Planwirtschaft mit der Forcierung von Schwerindustrialisierung mit ihren Modellstädten – Stalinstadt, Nowa Huta, Sztalinvaros etc. – und einer zunächst nach sowjetischem Modell durchgesetzten merkantil-autarkistischen Politik.²⁸

²⁵ PIOTR MADAJCZYK / DANUTA BERLIŃSKA, *Polska jako państwo narodowe. Historia i pamięć* [Polen als Nationalstaat. Geschichte und Erinnerung], Warszawa / Opole 2008; MARCIN ZAREMBA, *Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944–1989*, Osnabrück 2011; FERDINAND SEIBT, *Die Deutschen in der tschechischen Historiographie 1945–1990*, in: *Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989*, hg. v. HANS LEMBERG u. a., Essen 1998, S. 243–263; *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse*, hg. v. CHRISTIANE BRENNER u. a., München 2006; MARCIN KRÓL, *A Frozen Image of the Past*, in: *Survey* 25 (1980), H. 1, S. 100–109; RUDOLF JAWORSKI, *Geschichte und Tradition im gegenwärtigen Polen*, in: *Leviathan* 12 (1984), H. 3, S. 295–307.

²⁶ *Bevölkerungstransfer und Systemwandel in Ostmitteleuropa. Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg*, hg. v. HELGA SCHULTZ, Berlin 1998.

²⁷ Begriff bei KHALID, *The Soviet Union*, S. 114; NORMAN M. NAIMARK, *Stalin and Europe in the Postwar Period, 1945–1953. Issues and Problems*, in: *Journal of Modern European History* 2 (2004), H. 1, S. 28–57.

²⁸ Zusammenfassend mit Literaturhinweisen: *Sozialistische Staatlichkeit*, hg. v. JANA OSTERKAMP / JOACHIM VON PUTTKAMER, München 2012.

Faktoren von Abhängigkeit

Eine fast unausweichliche Folge dieser Politik war die Neuausrichtung des Handels auf die Sowjetunion. Bis zum Ende der Stalinzeit kamen nicht nur in den ehemaligen Feindstaaten die sogenannten gemischten Gesellschaften hinzu. Sie entstanden auf der Basis ehemaligen deutschen Vermögens (in den ehemaligen Feindstaaten) oder in strategisch wichtigen Branchen wie der Urangeinnung. Sie stellten eine verdeckte Form von Reparationen und „ungleichem“ Tausch dar. Polen hatte mit billiger Kohlelieferung für seine Befreiung durch die Rote Armee zu zahlen. Unter Stalin traten so neben die von der Sowjetunion aufgezwungene Struktur auch noch Elemente von Ausbeutung hinzu.²⁹

Ein weiteres Element direkter Einmischung und Kontrolle war die (zeitlich begrenzte oder dauerhafte) Stationierung der Roten Armee und die starke Präsenz sowjetischer Offiziere in allen Armeen sowie die offenen und verdeckten Tätigkeiten der sowjetischen Geheimdienste in diesen Ländern. Sie spielten, wie bekannt, eine maßgebliche Rolle in den politischen Prozessen gegen Angehörige der Partei. Die Volksdemokratien wurden bis zu Stalins Tod sicher nicht zu Unrecht als Satelliten der Sowjetunion bezeichnet, eine unfreundliche Bezeichnung für ein Verhältnis, das aus der Distanz als „externes Imperium“ charakterisiert werden kann.

Die Kombination von Befreiungsrhetorik, Interessenpolitik und viel Gewalt war sicher kein sowjetisches Spezifikum. Das Pech der Sowjetunion bestand darin, dass – mit Ausnahme der Tschechoslowakei und Bulgariens – in den für die Sowjetunion strategisch wichtigen Gebieten, vor allem in Polen und den baltischen Republiken, aber auch in Ungarn und Rumänien russophobe Stimmungen stark waren und kommunistische Parteien bis 1944/45 nur über einen geringen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt hatten. Sie galten zudem als Agenten Moskaus. Vielleicht noch schlimmer war, dass Juden (und Angehörige anderer Minderheiten, vor allem in Rumänien) in ihren Führungskadern auffällig präsent waren, dies in Ländern mit aggressiven jüdenfeindlichen Traditionen.

Diese Faktoren steigerten ihre Unbeliebtheit in der Bevölkerung. Die neuen Eliten wurden damit noch abhängiger von Moskau, als dies ohne-

²⁹ JAN MARCZEWSKI, *Planification et croissance économique des démocraties populaires*, 2 Bde., Paris 1952, hier Bd. 1, S. 209–237; RAINER KARLSCH / ZBYNEK ZEMAN, *Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933–1960*, Berlin 2002; LÁSZLÓ BORHI, *Hungary in the Cold War 1945–1956. Between the United States and the Soviet Union*, Budapest / New York 2004, S. 138–173.

hin der Fall war.³⁰ Der Briefwechsel und die Begegnungen mit Stalin und den anderen sowjetischen Führern zeigen die Devotheit der osteuropäischen Kader, die sich tatsächlich als Subelite verstanden, gegenüber Stalin und der Sowjetunion. Dieser Briefwechsel bestätigt zudem, dass das „jüdische Problem“ allen Seiten bewusst war und zum Teil innerparteilicher Kämpfe und Rivalitäten werden konnte. Es wurde von Moskau und den sowjetischen Repräsentanten ganz unterschiedlich genutzt. So empfahl die sowjetische Seite den ungarischen Kommunisten, weniger Juden in die Regierung hineinzunehmen. Ein sowjetischer Berichterstatter über die Stimmung in der polnischen Berling-Armee konstatierte missbilligend die Dominanz und Trägheit jüdischer politischer Instrukteure, die bei den polnischen Soldaten wenig beliebt seien. Er unterstellte den Instrukteuren zionistische und anti-sowjetische Einstellungen.³¹

Am bekanntesten dürfte Władysław Gomułka's Vorwurf an die Adresse der jüdischen Parteirivalen gewesen sein, einem „nationalen Nihilismus“ zu frönen – dies in einem Brief an Stalin.³² In der Krise von 1953 bespöttelte Berija den soeben abgesetzten ungarischen Parteichef Mátyás Rákosi als „jüdischen König von Ungarn“.³³ Manche jüdischen Parteigenossen in Ungarn scheuten sich wiederum nicht, angesichts der judenfeindlichen Stimmungen in der Bevölkerung, mit antisemitischen Vorurteilen um Popularität zu buhlen. (Der starken Präsenz von Juden in den Parteiparaten stand der verbreitete Wunsch der Mehrheit der überlebenden Juden gegenüber, ihre Heimat in Richtung USA oder Palästina zu verlassen.)

Nationale Homogenisierung und erste sozialpolitische Maßnahmen (d. h. Enteignungen) von Betrieben und Vermögen vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaborateure oder „Faschisten“ waren Maßnahmen, die

³⁰ EZRA MENDELSON, *The Jews of East Central Europe Between the World Wars*, Bloomington, IN 1983; THEODORE WEEKS, *From Assimilation to Antisemitism. The „Jewish Question“ in Poland 1850–1914*, DeKalb, IL 2006; MARCIN ZAREMBA, *Wielka trwoga. Polska 1944–1947*, Kraków 2012, S. 51–81; Dark Times, *Dire Decisions. Jews and Communism (= Studies in Contemporary Jewry 20)*, hg. v. JONATHAN FRANKEL, Oxford 2004; JAN T. GROSS, *Fear. Antisemitism in Poland after Auschwitz. An Essay of Historical Interpretation*, Princeton 2006.

³¹ Bericht an das ZK der VKP(b) über die polnische Erste Armee v. 13. Juni 1944, in: SSSR – Pol'sa. Mechanizmy podčinenija 1944–1949 gg. Sbornik dokumentov [UdSSR – Polen. Mechanismen der Unterordnung 1944–1949. Dokumentensammlung], hg. v. GENADIJ BORDJUGOV u. a., Moskva 1995, S. 49–59.

³² Gomułka an Stalin 14. Dez. 1948, ebd., S. 271–278, hier S. 274 f.

³³ CHARLES GATI, *Hungary in the Soviet Bloc*, Durham 1986, S. 101 f., Zitat S. 131.

mit dem „eigenen Weg zum Sozialismus“ beglaubigt wurden. Zunächst schien er auch anderen sozialistischen Parteien akzeptabel. Gleichwohl war nach 1944/45 mit den Erfahrungen der Roten Armee als Befreier das Prestige der Sowjetunion im östlichen Europa nicht derart, dass sie unbedingt als Vorbild hätte dienen können. Besonders aus Sicht der gebildeten (und besitzenden) Schichten galt sie oft genug als „unzivilisiert und primitiv“. Es fiel daher schwer, die „unbedingte Überlegenheit seiner [des sowjetischen Imperiums, D. B.] Sitten und Einrichtungen, seiner Wissenschaft und Technik, seiner Literatur und Kunst anerkennen zu müssen.“³⁴

Solange „der eigene Weg um Sozialismus“ von den kommunistischen Parteien propagiert wurde, galt der sowjetische Weg zum Sozialismus nicht als Maßstab für das eigene Handeln. Diese Zurückhaltung wurde mit Gründung der Kominform (1947) aufgegeben. Im Zeitraffertempo hatte man nun die sowjetische Entwicklung nachzuholen: Die Schwerindustrialisierung diente u. a. der sowjetischen Aufrüstung. Sie war ein zentraler Bestandteil des Kalten Krieges auf östlicher Seite.

„Internationalistisch“ gab sich die Stalinisierung der Parteien. Sie zeigte sich am auffälligsten in den Parteisäuberungen, in geheimen Verurteilungen und in Schauprozessen, in Deportationen und verbreiteter Zwangsarbeit, in der Übernahme sowjetischer politischer Rituale, der Kritik und Selbstkritik, der kollektiven Resolutionen, der Aufmärsche und des sozialistischen Wettbewerbs. Die Stalinisierung ging einher mit einem manchmal offenen, manchmal verdeckten, als Antizionismus oder Antikosmopolitismus ausgegebenen Antisemitismus. Dieser konnte allerdings an einheimische Traditionen anknüpfen. „National“ war auch die Schaffung eines nationalen, oft schon überholten Kanons in der Kultur und in der Architektur.³⁵

³⁴ CZESLAW MIŁOSZ, *Verführtes Denken*, Frankfurt am Main 1974, S. 31 f. (Zitat); ZAREMBA, *Wielka trwoga*, S. 149–195; KRISTIAN UNGVÁRY, *Die Schlacht um Budapest. Stalingrad an der Donau 1944/45*, München 2005, S. 402–440; CONSTANTIN HLIHOR / ION SCURTU, *The Red Army in Romania*, Iași u. a. 2000; NATHALIE MOINE, *La perte, le don, le butin. Civilisation stalinienne, aide étrangère et biens trophées dans l'Union Soviétique années 1940*, in: *Annales* 68 (2013), H. 1, S. 317–355.

³⁵ Staatskunstwerk. *Kultur im Stalinismus*, hg. v. PÉTER GYÖRGY / HEDWIG TURAI, Budapest 1992; ANDERS ÅMAN, *Architecture and Ideology in Eastern Europe during the Stalin Era. An Aspect of Cold War History*, Cambridge, MA 1992.

Von der Subalternität zur asymmetrischen Kooperation

Die Entstalinisierung wurde angestoßen durch die Lageraufstände in der UdSSR, die Streiks und Unruhen in der DDR und ČSR. Den wichtigsten Impuls lieferte jedoch die Geheimrede Chruščevs auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Sie zeitigte in den einzelnen Staaten Osteuropas allerdings sehr unterschiedliche Wirkungen. Sie gingen über die Ablösung der stalinischen Eliten weit hinaus. Die Periode der Entstalinisierung, die Streiks und Aufstände 1956, die Anläufe zur Reform der Planwirtschaften und schließlich die Revidierung bisheriger Dogmen und der sogenannte Revisionismus fanden mit der bewaffneten Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR im Jahre 1968 ihr Ende. Alle diese Elemente – Unruhen und Aufstände, Reformanläufe und der Revisionismus – kamen in den einzelnen Ländern in ganz unterschiedlicher Gewichtung und Kombination zur Geltung. Dabei ging es in den osteuropäischen Staaten immer auch um die Grenzen von staatlicher Souveränität und – wenn man so will – zunächst um die Selbstbehauptung der Nation durch Nationalisierung des Sozialismus.

Nach Stalins Tod veränderten sich die Beziehungen sowohl zwischen der Moskauer Zentrale und den Sowjetrepubliken als auch zwischen der UdSSR und den ostmitteleuropäischen Volksdemokratien.³⁶ Sie wurden nun in Politik und Ökonomie kooperativer. Die Asymmetrie der Macht zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien blieb zwar erhalten, aber Moskau behandelte diese nach 1956 fast als Bündnispartner. Mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt erweiterten sich innen- und außenpolitisch die Spielräume. Neben die einstigen bilateralen Verträge traten nun multilaterale Vereinbarungen wie der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), existent seit 1949, aber aktiviert erst unter Chruščev, und der Warschauer Pakt als Gegenpart zur NATO.

Der Versuch, dem RGW zentrale, blockweite Planungskompetenzen zuzuweisen, scheiterte nicht nur am Widerstand Rumäniens. Aber unter dem Dach des RGW kam es zu vielfältigen bi- und multilateralen Vereinbarungen im Handel, in der Produktion, in technischen Kooperationen und nicht zuletzt im Austausch und der Kooperation in Wissenschaft und Kultur. Nicht zu unterschätzen dürfte die (zusätzliche) Ausbildung von Parteikadern in der Sowjetunion sein, ebenso wie ihre zahllosen Treffen.

³⁶ Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, hg. v. HANS HENNING HAHN, Berlin 1996; Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand, hg. v. JAN FOITZIK, Paderborn u. a. 2001.

Viele dieser Aktionsfelder sind bis heute wenig erforscht.³⁷ Es gelang der Sowjetunion zwar nicht, eine umfassende Planung und Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers durchzusetzen, aber die „Freundschaft“ mit ihr wurde in den Verfassungen aller sozialistischen Länder verankert. Es ist bemerkenswert, dass die Sowjetunion, die Recht und Verfassungen bekanntermaßen recht flexibel handhabte, Wert auf diese Festschreibung in den Verfassungen legte. Die eingeschränkte Souveränität hatte neben der politisch-ökonomischen Dimension auch eine militärische Komponente. Es ging um die Stationierung sowjetischer Truppen und seit den 1960er Jahren auch atomarer Sprengköpfe in Polen, der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Der Warschauer Pakt mit seinem Politischen Beratenden Ausschuss beließ die oberste Befehlsgewalt in Gestalt des Vereinigten Oberkommandos, d. h. die strategischen und operativen Planungen, in sowjetischer Hand, billigte aber den Partnern die Anmeldung und Vertretung nationaler Interessen zu. Die asymmetrische Macht zeigte sich z. B. darin, dass die Intervention in die Tschechoslowakei trotz Beratungen mit den „Bruderländern“ vom sowjetischen Generalstab durchgeführt wurde. „Arbeitsteilung“ im Warschauer Pakt zeigte sich vor allem in der Zuweisung bestimmter Aufgaben für einzelne Länder, so in der Verteilung von Waffenlieferungen, der Entsendung von Militärs in Länder außerhalb des Warschauer Paktes oder auch von Polizeispezialisten, wie sie die DDR entsandte – die berüchtigte „rote Gestapo“.³⁸

Die Rolle der Arbeiterschaft und des „Revisionismus“ in Ostmitteleuropa

Der auffälligste Unterschied zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und der Sowjetunion besteht in dem Anteil der Arbeiterschaft an den Veränderungen. Wie in der Sowjetunion war die Arbeiterschaft selbst oder ihr soziales Profil als „Werkstätige“ in vergleichsweise großen Betrieben ein Produkt der forcierten Industrialisierung in den 1940er und 1950er Jahren. Im Gegensatz zur Sowjetunion fügte sie sich nach 1953

³⁷ Schleichwege. Inoffizielle Begegnungen sozialistischer Staatsbürger zwischen 1956 und 1989, hg. v. WŁODZIMIERZ BORODZIEJ u. a., Köln u. a. 2010; *Socialist Internationalism in the Cold War. Exploring the Second World*, hg. v. PATRYK BABIRACKI, Basingstoke 2016.

³⁸ GAIT, *The Bloc that Failed*, S. 151.

nicht allein durch informelle Aushandlungsprozesse in das System der Planwirtschaft. In unterschiedlichen Phasen und in unterschiedlicher Intensität war sie in den Unruhen und Umbrüchen von 1953 (DDR, ČSR), 1956 (Polen, Ungarn), 1968 (ČSSR), in Polen 1970, 1976 und 1980/81 ein Faktor, der maßgeblich an den politischen Prozessen beteiligt war oder sie – wie in Polen – sogar angestoßen hat.

Dieses Verhalten widersprach in fundamentaler Weise dem Selbstbild der stalinschen wie poststalinschen Parteiapparate und ihrer Führung. Sie sahen sich mehr oder minder glaubwürdig als Repräsentanten des Proletariats, perpetuierten aber in der Praxis immer von neuem die Gegensätze zwischen unten und oben, von autoritärer Herrschaft und Subalternität am Arbeitsplatz.³⁹ Hier beschränke ich mich nur auf einige Äußerungen, welche sich aus der Leugnung des fast unvermeidlichen, manchmal latenten und manchmal offenen Gegensatzes zwischen unten und oben ergaben. Im Interview mit Teresa Torńska bekannte der 1956 kurzfristig als Erster Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) amtierende Edward Ochab: „Der Kommunismus ist die Ideologie der Arbeiterklasse, die sich nicht selbst befreien kann.“⁴⁰ Und Władysław Gomułka schrieb 1971 kurz nach seiner Entlassung als Parteichef an das Zentralkomitee: „Auch wenn die Mehrheit [der Streikenden, D. B.] Arbeiterjugendliche waren, so darf man sie doch nicht mit der Arbeiterklasse als solche vergleichen.“

Die Grundlage der Proteste an der Küste im Dezember 1970 sei nicht der Protest der Arbeiterklasse, sondern „enthemmter Anarchismus und wilde Selbstsucht und Willkür“. Er definierte sie als negatives Erbe der polnischen Vergangenheit.⁴¹ Er hielt es für gefährlich, dass Streiks zum politischen Führungswechsel führen könnten. Sein eher traditionelles Verständnis von oben und unten ließ sich nur schlecht vereinbaren mit dem Avantgarde-Anspruch der Partei und ihrer Aufgabe, die „Verbindung zu den Massen“ (eine Standardformel der KPdSU) nicht zu verlieren.

Die ungarischen Arbeiter von Csepel spielten 1956 mit der Semantik des Parteijargons, indem sie auf Plakaten verkündeten: „Die 40.000 Aristo-

³⁹ Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, hg. v. PETER HÜBNER u. a., Köln u. a. 2005.

⁴⁰ TERESA TORŃSKA, *Die da oben. Polnische Stalinisten zum Sprechen gebracht*, Köln 1987, S. 37.

⁴¹ Gomułka i inni. Dokumenty z archiwum KC 1948–1982 [Gomułka und andere. Dokumente aus dem Archiv des Zentralkomitees 1948–1982], hg. v. JAKUB ANDRZEJEWSKI, London 1987, S. 224 f.

kraten und Faschisten der Csepel-Werke streiken weiter!“⁴² In den Losungen bei Demonstrationen in Polen 1981 ging es um den endgültigen Vertrauensverlust in „die da oben“, so in den Hungermärschen der Arbeiterinnen in Łódź im Juli und August: „Die Hungrigen werden die Regierung aufessen“. „Wir wollen Brot und nicht Polen teilen“. „Wenn ihr keine Deckung für unser Geld habt – verkauft uns die Regierung“. „Wir gehen dem Kommunismus entgegen, bitte während des Marsches nicht essen.“⁴³

Neben der sehr aktiven Rolle der Arbeiterschaft in den politischen Prozessen nach 1953/56 spielte auch der sogenannte Revisionismus eine ungleich größere Rolle als in der Sowjetunion. Seit Chruščev wurde blockübergreifend über Reformen der Planwirtschaft diskutiert. Es ging um ihre größere Effizienz, ohne die Machtverhältnisse infrage zu stellen. Die Dezentralisierung und der Einbau simulierter oder echter Marktelemente mochte noch systemkonform vorgestellt werden. Eine politische Dimension erhielten solche Reformüberlegungen, wenn sie mit Forderungen nach einer Demokratisierung der Planwirtschaft verbunden wurden.

Im Horizont der 1950er und 1960er Jahre ging es hierbei manchmal in Anknüpfung an das Modell der mythischen Rätedemokratie um Formen der Mitbestimmung bei der Planung und den Betriebsabläufen in Gestalt von Arbeiterräten. Jugoslawien galt hier manchmal als Vorbild. Das Experiment mit Arbeiterräten in Polen und Ungarn 1956/57 hatte keinen Bestand. In beiden Fällen wurden sie zu sehr assoziiert mit den Ereignissen von 1956. Sie wurden zerrieben zwischen der Überforderung seitens der Arbeiter und den manchmal auch politisch forcierten Zwängen von Planwirtschaft. In den Reformdiskussionen der ČSSR wurden die Fragen nach den Chancen eines „Marktsozialismus“ mit einer Demokratisierung in Gestalt von Arbeiter- oder Betriebsräten kombiniert. Damit wären das Machtmonopol der Partei und ihrer Apparate und der Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ zerstört worden. Diese Diskussionen wurden in Moskau, Berlin und Warschau daher als systemgefährdend, als revisionistisch eingestuft.

Dies galt zuvor schon für Analysen, wie sie die polnischen Aktivisten Jacek Kuroń und Karol Modzelewski bereits 1965 vorgelegt hatten: Die Krisen und Konjunkturen der Planwirtschaft erklärten sie mit einer

⁴² Der ungarische Volksaufstand, hg. v. PETER GOSZTONY, München 1981, S. 399; zur Rolle der Arbeiter in Ungarn 1956/57 vgl. maßgeblich BILL LOMAX, Hungary 1956, London 1976, S. 147–169.

⁴³ KLAUS PUMBERGER, Solidarität im Streik. Politische Krise, sozialer Protest und Machtfrage in Polen 1980/81, Frankfurt am Main / New York 1989, S. 86 f., 92.

Korrelation zwischen Machtmaximierung und forcierten Investitionen (auf Kosten des Konsums) oder zwischen Machtminimierung (in Zeiten politischer Krisen) und dem dadurch erzwungenen Eingehen auf die Wünsche der Bevölkerung und damit der Reduzierung der Investitionen in der Schwer- und Rüstungsindustrie. Dies belegten sie mit den Wachstumszyklen seit 1948.⁴⁴ Für diese Analysen wurden beide Autoren aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Wissenschaftlich wohl fundierter, aber ebenso politisch brisant waren Analysen Janos Kornais und anderer ungarischer Ökonomen. Sie analysierten die Konjunkturzyklen, Investitionsstaus und Defizite der Planwirtschaft und stellten damit den Nimbus angeblich wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit der Planwirtschaft infrage.⁴⁵

Implizit und manchmal explizit ging es bei diesen Diskussionen und Entwürfen für eine Reform der Planwirtschaft um die Desavouierung und Ablösung des sowjetischen Modells von Planwirtschaft und des Herrschaftsmonopols der kommunistischen Parteien. Damit verbunden war immer die Frage nach den Grenzen staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung nach innen.

Unauffälliger Systemwandel im Zentrum und in der Peripherie

Die sogenannte Brežnev-Doktrin legte nach 1968 für das kommende Jahrzehnt die Grenzen der Souveränität der osteuropäischen Staaten fest. In der Praxis beließ sie den Staaten viel größere Spielräume nach innen und außen als zur Zeit der Kominform. Die Politik der Entspannung mit dem Höhepunkt der Vereinbarungen von 1975 in Helsinki minderte die Blockdisziplin, nicht zuletzt, weil die Angst vor einem deutschen Revisionismus abgenommen hatte. Der „deutsche Komplex“ blieb allerdings präsent.⁴⁶ An die Stelle der diktatorisch-dirigistischen Planwirtschaft der Stalinzeit war ein in die Planwirtschaft eingebundener „administrativer Markt“ bzw. ein „bürokratischer Pluralismus“ entstanden, in dem Lobbygruppen in komplizierten, intransparenten Aushandlungsprozessen um

⁴⁴ JACEK KURON / KAROL MODZELEWSKI, Monopolsozialismus. Offener Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Hamburg 1969.

⁴⁵ JANOS KORNAI, Overcentralization in Economic Administration, Oxford u. a. 1959; DERS., Economics of Shortage, 2 Bde., Amsterdam 1980; PÉTERI GYÖRGY, Purge and Patronage. Kádár's Counter-Revolution and the Field of Economic Research in Hungary, 1957–1958, in: Contemporary European History 11 (2002), Teil 1, S. 125–152.

⁴⁶ SEIBT, Die Deutschen, S. 254.

Ressourcen aller Art feilschten.⁴⁷ In den Nischen der Planwirtschaft hatte sich zudem eine Schattenwirtschaft breitgemacht, welche die Defizite der staatlichen Verteilung zumindest teilweise ausglich. Mit Ausnahme der ČSSR hatten alle sozialistischen Länder in der Hoffnung auf technologische Modernisierungsimpulse den Handel mit dem Westen ausgeweitet. Sie gerieten aber seit Mitte der 1970er Jahre in die Schuldenfalle. Wegen der Energielieferungen waren sie gegenüber der Sowjetunion verschuldet, wegen der wenig effektiv eingesetzten westlichen Kredite bei den westlichen Kreditgebern.⁴⁸ Wie in der Sowjetunion hatte sich zudem seit den 1960er Jahren so etwas wie ein Konsumpakt zwischen dem Regime und der Bevölkerung etabliert. Das Regime belastete die Bevölkerung nicht allzu sehr und die Bevölkerung arrangierte sich mit den zu Ritualen und Konventionen erstarrten Loyalitätsbezeugungen. Nach außen gezeigte Konformität war entscheidend, nicht Überzeugungen.⁴⁹

Aus der Vogelperspektive gesehen ähnelten sich die Reaktionen in der Bevölkerung auf die Alltagsroutinen der sozialistischen Regime und auf die in Leerformeln erstarrten „Ideokratien“. Auf Widerspruch reagierten sie immer noch mit Sanktionen. Die Mehrheit der Bevölkerung und wohl auch der Intelligenz hatte sich mit den Regeln des sozialistischen Alltags und der sozialistischen Arbeitswelt arrangiert, da sie vielfach ungestraft unterlaufen oder biegsam genutzt werden konnten. Für das spätestens seit der Zeit Brežnevs eher entspannte und zugleich zynische Verhältnis bezeichnend war die verbreitete „Vielsprachigkeit“: das Eine denken und im privaten Kreis äußern und etwas Anderes öffentlich sagen und „bezeugen“. Entscheidend waren nicht mehr geglaubte Überzeugungen, sondern erlernte Formeln und nach außen gezeigte Loyalität.⁵⁰

⁴⁷ SIMON KORDONSKII, The Structure of Economic Space in Post-Perestroika Society and the Transformation of the Administrative Market, in: *Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, hg. v. KLAUS SEGBERS / STEPHAN DE SPIEGELEIRE, Baden-Baden 1995, Bd. 1, S. 157–204; Gruppe „Erfahrung und Zukunft“ (DiP): Symptome und Ursachen der polnischen Krise, in: *Polen – Symptome und Ursachen der Krise*, hg. v. WŁODZIMIERZ BRUS u. a., Hamburg 1981, S. 50–110.

⁴⁸ IVAN T. BEREND, *Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from Periphery to Periphery*, Cambridge 1996, S. 94–253; ANDREW C. JANOS, *East Central Europe in the Modern World. The Politics of the Borderlands from Pre- to Postcommunism*, Stanford 2000, S. 257–328; DIETRICH BEYRAU, Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten, in: *Arbeiter im Staatssozialismus*, S. 47–70.

⁴⁹ RAINER GRIES, Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der Arbeiter- und Bauern-Macht, in: *Arbeiter im Staatssozialismus*, S. 191–214.

⁵⁰ SERGEJ MEDVEDEV, USSR: The Destruction of the Text, in: *Post-Soviet Puzzles*, S. 83–120.

Die Anekdote und der Witz, die mit den Lügen, Fehlwahrnehmungen, Ungereimtheiten und Leerformeln der Politik und des Alltags spielten und oft genug karnevalistische Elemente enthielten, waren zugleich uneindeutig und provokativ. Sie erfreuten sich bis in höchste Kreise großer Beliebtheit. Sie sind heute in Sammlungen gespeichert. Sie entlasteten im Alltag und konnten wie Opiate wirken. Im doppelsinnigen Sprechen zeigte sich ein Humor, der aufgehört hatte zu kämpfen. Die polnische Soziologie sprach von habitueller Schizophrenie, die öffentliche „Kollaboration“ mit privatem Dissens kombinierte. Ob dies die sozialistischen Regime in Osteuropa stabilisierte oder langfristig doch gefährdete, darüber wird bis heute gestritten.⁵¹

Innere Herausforderungen gegen die Sowjetisierung

In der Sowjetunion hatte sich seit den Prozessen gegen die Schriftsteller Julij Daniël' und Andrej Sinjavskij 1965/66 der Samizdat, also die Verbreitung zensurfreien Schrifttums aller Art, fast schon institutionalisiert. Die sogenannte Normalisierung in der ČSSR nach 1969 mit ihren Massenausschlüssen aus der Partei und den Entlassungen von Tausenden von Angehörigen der Intelligenz aus wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen schufen ein „kulturelles Biafra“ (Louis Aragon).

Aber auch im als vergleichsweise liberal geltenden Polen war in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren ein Drittel aller Schriftsteller mit Publikationsverbot belegt. Der Rest leide unter der Zensur oder schreibe bewusst die Unwahrheit, so 1980 der Schriftsteller Jacek Bocheński in der Warschauer Sektion des Schriftstellerverbandes.⁵² Eine Umfrage in Polen Ende der 1970er Jahre hatte erkennen lassen, dass Angst und Statusunsicherheit unter Spezialisten und Angehörigen geistiger Berufe am stärksten ausgeprägt waren.⁵³ In Ungarn hatten die Lukács-Schüler mit Strafverfol-

⁵¹ ALEXEI YURCHAK, *Everything was Forever Until it was no More. The Last Soviet Generation*, Princeton / Oxford 2006, insbes. Kap 7. Yurchak legitimiert die „Vielsprachigkeit“ gegen den Dissens. INGRID OSWALD, Zum sozialen Gedächtnis. Der sowjetische politische Witz, in: *Soziologie und Geschichte. Geschichte der Soziologie*, hg. v. BELLA BALINT / ANTON STERBLING, Hamburg 1995, S. 205–222; GRAHAM SETH, *The Russian Joke in Cultural Context*, Evanston, IL 2009; STEFAN NOVAK, A Decent Person and Higher Necessity, in: *Survey* 25 (1980), S. 155–157.

⁵² HELGA HIRSCH, *Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980*, Mainz / München 1985, S. 87.

⁵³ MELANIE TATUR, *Solidarność als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*, Frankfurt am Main / New York 1989, S. 70–72.

gung und Berufsverboten zu kämpfen. Prominenz erlangte der Prozess gegen Miklós Haraszti wegen seiner Reportage aus einem Betrieb, der die Rede von der befreiten Arbeit im Sozialismus Lügen strafte.⁵⁴

Die ideologisch-politischen Zwänge, die in der Kultur, im Erziehungswesen und in den Sozial- und Geisteswissenschaften trotz Flexibilisierung immer noch galten, provozierten besonders in den Bildungsschichten Widerspruch und die Suche nach Alternativen. In der Sowjetunion zeigte sich diese Suche nach intellektuellen Freiheiten in Gestalt des Samizdat. Die Regime in Prag, Warschau und Budapest schufen mit der Verfolgung und Schikanierung von Angehörigen der Intelligenz die Bedingungen für die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit mit jeweils eigenen Formen nicht-lizensierten Publizierens.⁵⁵ Die Schattenwirtschaft, manchmal auch die Korruption, Gesetzeslücken und phasenweise die Indolenz der Partei und ihrer „Organe“ bildeten die Voraussetzungen für den Samizdat, den zweiten Umlauf, wie es in Polen hieß, für eine Literatur „hinter Schloss und Riegel“ (so eine Schriftenserie in der ČSSR).

Überall war die Entstehung alternativer Foren eine Folge enttäuschter Reformervorstellungen. In den ostmitteleuropäischen Ländern veranlasste die mangelnde Reformfähigkeit der Regime sowohl Angehörige der ausgeschlossenen Parteintelligenz als auch Intellektuelle ganz unterschiedlicher Orientierung über Reformstrategien nachzudenken. Sie durften vordergründig weder das interne Herrschaftsmonopol der Partei noch die Vorherrschaft der Sowjetunion, ihr äußeres Imperium, herausfordern. In einer Kombination von Theorien und Praktiken entstanden Konzepte des sogenannten Evolutionismus, die Entdeckung der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*, *społeczeństwo*), die Notwendigkeit einer „parallelen Polis“ oder einer „Anti-Politik“.⁵⁶

⁵⁴ MIKLÓS HARASZTI, Stücklohn, Frankfurt am Main 1975.

⁵⁵ Aus der nun schon unübersichtlichen Literatur nenne ich nur: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre, hg. v. der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2000; Grundbegriffe und Autoren ostmitteleuropäischer Exilliteraturen, 1945–1989, hg. v. EVA BEHRING u. a., Stuttgart 2004; Underground Publishing and the Public Sphere. Transnational Spheres, hg. v. JAN C. BEHRENDIS / THOMAS LINDENBERGER, Münster 2014, und dortige Literaturhinweise.

⁵⁶ MARC RAKOVSKI, Towards an East European Marxism, New York 1978; JACEK KURON, Document on Contemporary Poland. Reflections of a Program of Action, November 1976, in: The Polish Review 22 (1977), H. 3, S. 51–69; siehe auch die Beiträge aus der polnischen Opposition in: Survey 24 (1979), H. 4, und Survey 25 (1980), H. 1; VÁCLAV BENDA, Die Parallele Polis (1978), in: Zivilgesellschaft und Menschenrecht im östlichen Europa. Tschechische Konzepte der Bürgergesellschaft im historischen und nationa-

Spätestens seit Helsinki (Korb III) wurde die Inanspruchnahme der Grund- und Menschenrechte zu einem vielversprechenden Hebel, da sie formal auch von den sozialistischen Staaten anerkannt worden waren. Der Korb III bildete dann den Bezugspunkt für die sogenannte Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion, sehr schnell unterdrückt, aber auch für polnische und tschechische Aktivisten. In Polen waren mit der Revision der Verfassung 1976 sowohl die bedingten Grundrechte, gebunden an die Erfüllung der Pflichten eines Bürgers gegenüber Staat und Partei, die Verankerung der führenden Rolle der Partei und zudem noch die Festlegung des Bündnisses mit der Sowjetunion in der Verfassung Anlass zu dem berühmten Protest der 59 (mit dann Tausenden von Unterschriften). Die Kirche beanstandete insbesondere die bedingten Grundrechte. Sie berief sich auf ein naturrechtliches Verständnis der Menschenrechte, d. h. ihre bedingungslose Geltung. Damit wurde sowohl die verfassungsrechtliche Orientierung am sowjetischen Modell als auch die Souveränität Polens angesprochen, wenn es um die Verankerung „brüderlicher Verbundenheit“ mit der UdSSR in der Verfassung ging.

Die Aktivierung von Gesellschaft mit dem Ziel, Druck auf die Parteiführung auszuüben, ohne innere oder äußere Gegenschläge zu provozieren, wurde in Polen mit der Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und der Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (ROPCiO) in die Tat umgesetzt. Im Fall des KOR ging es um die Unterstützung der Arbeiter, die wegen Streiks entlassen, verhaftet, misshandelt und angeklagt worden waren. Gegen die Streikenden wurde zudem ein sehr sowjetisches Verfahren der Beschämung in sogenannten Bußversammlungen praktiziert. Dies war eine Variante der Kritik und Selbstkritik, wie sie in der Sowjetunion seit Mitte der 1920er Jahre zunächst in der Partei, dann aber auch in Betrieben und anderen Einrichtungen üblich geworden war.⁵⁷

Die Etablierung der Charta 77 in Prag, des KOR und der ROPCiO in Polen und der „Samizdat-Boutique“ László Rajks in Budapest war nicht zuletzt durch den Samizdat in der Sowjetunion angeregt worden. Es gab allerdings einen wesentlichen Unterschied zum sowjetrussischen Dissens der 1960er und 1970er Jahre: Dieser beschränkte sich notgedrungen auf einen moralischen Protest und auf ein Minimum, die Einhaltung der in

len Vergleich, hg. v. ROBERT LUFT, Göttingen 2014, S. 391–400; GYÖRGY KONRÁD, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt am Main 1985.

⁵⁷ LORENZ ERREN, „Selbstkritik“ und Schuldbekentnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917–1953), München 2008.

sich oft genug widersprüchlichen sowjetischen Gesetze, da nicht einmal diese von den Behörden eingehalten wurden.⁵⁸ Die aktivistischen Gruppen unter der Intelligenz Ostmitteleuropas verbanden dagegen mit ihren Aktionen das Ziel eines evolutionären Wandels. Er lief auf die Ausweitung bürgerlicher Freiheiten und damit implizit auf eine Lösung vom sowjetischen Modell und auf die Ausweitung der Souveränitätsrechte ihrer Staaten hinaus. Die Niederlagen von 1956, 1968 und 1970 im Gedächtnis gab man die Aktivitäten der *Solidarność* als „sich selbst beschränkende Revolution“ aus.⁵⁹ Diese Selbstbescheidung galt für die Mittel – den unbedingten Verzicht auf Gewalt – und die Hinnahme der Zugehörigkeit zur sowjetisch dominierten Staatengemeinschaft.

Wenn sich der Samizdat in der Sowjetunion und das nicht lizenzierte und nicht zensierte Schrifttum in der Tschechoslowakei und in Ungarn auf vergleichsweise enge Zirkel hauptsächlich der Intelligenz beschränkte, so erreichte der sogenannte zweite Umlauf in Polen schon Massenauflagen mit eigenen Verlagen, mit Resonanz und Eigenaktivitäten auch in Arbeiterzirkeln, zudem im Austausch mit der Emigration im Ausland, hier vor allem mit der Zeitschrift „Kultura“ in Paris.

Das unzensierte Sprechen wollte die „Enteignung der Köpfe“ durch die Parteirhetorik, das Parteichinesisch oder die *nowa mowa* (Neusprech) mit ihren entmündigenden Folgen beseitigen. Besonders die Intelligenz sollte auf die verbreitete „Vielsprachigkeit“ oder die sprachliche „Maskierung“ in der Öffentlichkeit verzichten.⁶⁰ Damit verbunden war die Kritik am historischen Gedächtnisverlust, wie ihn Čingiz Ajtmatov 1980 als „Mankurtismus“ im Roman „Ein Tag länger als ein Leben“ zum Thema gemacht hatte.⁶¹

Die Fixierung auf den taktischen Gebrauch der sozialistischen Semantik in den Bildungsschichten unterschätzt, dass sie in vieler Hinsicht weniger sprachmächtige Schichten in vieler Hinsicht „enteignet“ und „entmündigt“ hatte. Obwohl durchaus egalitär und sozialistisch orientiert,

⁵⁸ DIETRICH BEYRAU, Arcane and Public Spheres in the Soviet Union, in: Under-ground Publishing, S. 99–142; BENJAMIN NATHANS, The Dictatorship of Reason. Alexander Vol'pin and the Idea of Rights under „Developed Socialism“, in: Slavic Review 66 (2007), H. 4, S. 630–663.

⁵⁹ JERZY HOLZER, Solidarität. Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1984, S. 132 f., 298–302; JADWIGA STANISZKIS, Poland's Self Limiting Revolution, Princeton, NJ 1984; TATUR, *Solidarność* als Modernisierungsbewegung, S. 163–175.

⁶⁰ Siehe schon MIŁOŚZ, Verführtes Denken, S. 64–90.

⁶¹ ČINGIZ AJTMATOV, *I dol'se veka dlitsja den'*, Moskva 1980; deutsch: Ein Tag länger als ein Leben, Gütersloh 1981.

eigneten sich daher die in der *Solidarność* aktiven Arbeiter eher die Semantik der Intellektuellen (Würde und Freiheit) und die Symbole der Kirche (Kreuze und Marienkult) an, eine öffentliche Negierung des parteiamtlichen (und sowjetischen) Atheismus und seiner Sprache und Symbole.⁶² Denn in Polen hatte die katholische Kirche die Rolle nationaler Distinktion und nationalen Eigensinns übernommen. Gestützt auf eine immer noch bestehende verbreitete Volksfrömmigkeit konnte die Kirche es sich leisten, eigene Positionen unabhängig von Staat und Partei und manchmal auch gegen diese zu behaupten.

Die Konkurrenz um die Deutungshoheit bei der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens (966–1966), der Umgang mit der antideutschen Position in der Partei (und der Bevölkerung), wie er sich im Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe vom Dezember 1965 zeigte,⁶³ ihre Einmischung in die Verfassungsdiskussion und schließlich ihre Vermittlerrolle im Konflikt zwischen der Partei und der *Solidarność*-Bewegung perpetuierten und akzentuierten den Status der Kirche. Ihre öffentliche Präsenz hatte sich besonders deutlich in der schweigenden Versammlung der Gläubigen in Tschenstochau (Częstochowa) im Oktober 1956 oder beim Besuch Papst Johannes Pauls II. im Juni 1979 gezeigt. Adam Michnik, einer der führenden Aktivisten der Opposition in Polen, erkannte daher in der Kirche eine „anti-totalitäre“ Institution und einen potentiellen Bündnispartner der Gesellschaft (und Opposition), wenn sie sich von bestimmten negativen Elementen ihrer Vergangenheit wie dem Antisemitismus und Antijudaismus und ihrer „konstantinisch“-triumphalistischen Tradition losgesagt habe.⁶⁴

In den ostmitteleuropäischen Ländern galten alle gesellschaftlichen Aktivitäten außerhalb der Partei als notwendiger Bestandteil einer nationalen Befreiung und damit als Prozess der Entsowjetisierung. Das nationale Element in den Protesten und im Samizdat Litauens und der Ukraine war noch ausgeprägter als in den ostmitteleuropäischen Ländern. Im Einsatz für die Bürger- und Menschenrechte ging es in der Regel um

⁶² STEFAN NOWAK, Wertvorstellungen in Polen, in: *Journal für Sozialforschung* 22 (1982), H. 1–2, S. 71–92; JADWIGA STANISZKIS, Dynamik des Arbeiterbewußtseins, in: Ebd. S. 93–114; PUMBERGER, Solidarität im Streik, S. 343–351; TATUR, *Solidarność* als Modernisierungsbewegung, S. 108–122.

⁶³ Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik, hg. v. FRIEDHELM BOLL u. a. Bonn 2009.

⁶⁴ ADAM MICHNIK, Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog, München 1980; ANNA NIEDŹWIEDŹ, Religious Symbols in Polish Underground. Art and Poetry of the 1980s, in: *Underground Publishing*, S. 189–211.

die Unterdrückung oder Benachteiligung der einheimischen Sprache und Kultur und – besonders im litauischen Fall – um Repressalien gegen die katholische Kirche, ihre Geistlichen und Gemeinden.⁶⁵ Der Einsatz und die Unterstützung der Kirche wurde hier – wie in Polen – auch als Teil nationaler Selbstbehauptung verstanden und musste nicht unbedingt mit der Anerkennung pluralistisch-demokratischer Werte verbunden sein.⁶⁶

Trotz aller Veränderungen seit 1953/56 erkannten die Oppositionellen und Kritiker der bestehenden Regime in der Parteiherrschaft und ihren Praktiken Elemente von Sowjetisierung, welche die nationalen Traditionen und Bedürfnisse zu zerstören drohten. In der Formulierung des tschechischen Philosophen und Poeten Ivan Sviták, hier auf die ČSSR bezogen: „Die Entwicklung in der Tschechoslowakei nach 1948 war lediglich ein Postscriptum hinter eine ideelle Katastrophe, die sich in der UdSSR in der Zeit der Moskauer Prozesse mit dem Marxismus abgespielt hatte.“⁶⁷

Nationalistisch im Inhalt und sozialistisch in der Form?

Wenn die Staaten Osteuropas ein Postscriptum des sowjetischen Stalinismus oder Provinzen des sowjetrussischen Imperiums waren,⁶⁸ so betrieben die Parteiführungen zu ihrer Legitimation doch eine nationale Agenda – durch Beschwörung historischer Ereignisse und durch die Produktion historischer Narrative. Sie hatten die Gegenwart als Fortschritt, wenn nicht gar als Vollendung nationaler Entwicklung zu zelebrieren. Dies galt jedenfalls für die Staaten, die sich als Sieger des Weltkrieges sahen. Besonders auffällig war dies bei der These von der Rückkehr Polens in seine historisch angestammten Gebiete, mit der Feier von Grunwald / Tannenberg (1410–1960) oder des tausendjährigen Jubiläums Polens (966–1966).

⁶⁵ MISIUNAS / TAAGEPERA *The Baltic States*, S. 250–271; SUBTELNY, *Ukraine*, S. 517–526; im Überblick: DIETRICH BEYRAU, *Anderes Denken, Dissens und Opposition 1956–1986*, in: *Aufbruch mit Gorbatschow. Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft*, hg. v. CASPAR FERENCZI / BRIGITTE LÖHR, Frankfurt am Main 1987, S. 196–224, hier S. 206–211; ALEKSANDR DANIEL, *Positionen und Richtungen im politischen Samizdat der UdSSR*, in: *Ring um Autonomie. Dissidentendiskurse in Mittel- und Osteuropa*, Berlin 2017, hg. v. WOLFGANG EICHWEDE / JAN PAUER, S. 13–101, hier S. 35–51.

⁶⁶ BRIAN PORTER-SZÜCS, *Faith and Fatherland. Catholicism, Modernity, and Poland*, Oxford 2011, S. 324–326, 341–357.

⁶⁷ Prag 1968. *Dokumente*, hg. v. MICHAEL CSIZMAS, Bern 1968, S. 130.

⁶⁸ MIŁOSZ, *Verführtes Denken*, S. 31.

Letzteres wurde als Staatsgründung und nicht als Christianisierung gefeiert. In der Tschechoslowakei pflegte man mit dem Rückgriff auf den Hussitismus die revolutionäre wie die antideutsche Tradition. Die Slowakei setzte in der Krise seit 1966 die Föderalisierung der ČSSR durch und betonte damit ihre Eigenstaatlichkeit, wenn auch in einem Staatsverband mit dem tschechischen Landesteil. In Ungarn traute man sich wieder seit den 1970er Jahren, das Trauma von Trianon dosiert in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

Überall blühte nach sowjetischem Vorbild eine Folklore mit ihren echten oder erfundenen Volksliedern, Volkstänzen und Trachten. Auch die hässlichen Seiten des Nationalismus kamen hin und wieder zur Geltung, so in den antisemitischen Kampagnen nach Israels Siebentagekrieg. Dieses Ereignis war in Polen mit dem Aufstieg des Parteisekretärs Mieczysław Moczar und seiner „Partisanen“ verbunden und führte zur Ausreise von Tausenden von Polen jüdischer Herkunft – Jan Gross' Publikationen über den Antisemitismus im Nachkriegspolen sind wohl auch als fernes Echo dieser Jahre zu sehen.

In Polen und in Rumänien setzte sich der Prozess ethnischer Homogenisierung insofern fort, als es Angehörigen der deutschen Minderheiten erlaubt wurde auszureisen. Diese Auswanderung war zwar in der Regel „freiwillig“, weil die besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik lockten. Die Bereitschaft zur Ausreise hatte aber auch mit Diskriminierung (in Polen) und den politischen Verhältnissen in Rumänien zu tun. Beide Staaten ließen sich außerdem die Ausreise fürstlich bezahlen. In jedem Fall forcierten sie die ethnische Homogenisierung in den entsprechenden Regionen. Ein anderes extremes Beispiel in den 1980er Jahren war in Bulgarien die erzwungene Bulgarisierung der Namen von Türken und Angehörigen anderer muslimischer Minderheiten. Ihr folgte die mehr oder minder unfreiwillige Auswanderung von Hunderttausenden von Angehörigen der muslimischen Minderheiten in die Türkei.⁶⁹

Aus Sicht der kritischen Intellektuellen war die Aneignung und Instrumentalisierung nationaler, wenn nicht gar nationalistischer Traditionen und Narrative unecht, nur Fassade und ein Bestandteil der Sowjetisierung. In den Sowjetrepubliken entstanden auf diese Weise nationale

⁶⁹ STEFAN TROEBST, Rezension zu ULRICH BJUKSENSJUTC, *Malcinstvenata politika v Bulgarija. Politikata na BKP kum evrei, romi, pomaci i turci 1944–1989* [Minderheitenpolitik in Bulgarien. Die Politik der Bulgarischen Kommunistischen Partei gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken 1944–1989], Übersetzung aus dem Deutschen IVO GEORGIEV, Sofija 2000, in: H-Soz-Kult, 19.04.2002, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-3479 (Zugriff: 10.08.2020).

„Reservatskulturen“⁷⁰ mit ihrer Folklore und nationalistischen Narrativen. In den westlichen Republiken enthielten sie manchmal einen antipolnischen Akzent. Sie konkurrierten und koexistierten mit der Propagierung der „historisch neuen Gemeinschaft der Sowjetvölker“ oder gar des Sowjetvolkes.

Mythos Mitteleuropa

In dieser Gemengelage von regimekonformen Nationalismen und Ängsten vor einer Sowjetisierung in Ostmitteleuropa erlangte ein Essay des emigrierten tschechischen Schriftstellers Milan Kundera in den intellektuellen Zentren des Westens und Ostens eine besondere Resonanz. In seinem Essay „Un occident kidnappé“ (1983) beschwor er die Zugehörigkeit des östlichen Europas zum „Westen“ und distanzierte diesen Teil des Kontinents, mehr oder minder identisch mit den Ländern der ehemaligen Habsburgermonarchie, von Russland bzw. der Sowjetunion (die Bezeichnungen gehen bei ihm durcheinander). Er beklagte die Gefahr der Sowjetisierung, aber ebenso den Verrat des Westens an einer Region, die mit ihrer Multinationalität und ihrem intellektuellen, auch jüdischen Erbe ein konstitutiver Teil europäischer Kultur gewesen sei. Er klagte über den Untergang einer bildungsbürgerlichen Kultur, zerstört durch Sowjetisierung und durch den mangelnden Rückhalt im Westen.

Dabei prägte er einen Begriff von Mitteleuropa und einer europäischen Zivilisation, die er scharf abgrenzte von der fremden sowjetrussischen Zivilisation. Die kommunistischen Regime „unterminierten die Identität einer Nation“ und erleichterten es, „durch die russische Zivilisation geschluckt zu werden.“ Damit sei der Untergang einer Ära verbunden, „in der die Kultur noch die Verwirklichung höchster Werte repräsentierte“. „Die totalitäre russische Zivilisation ist die radikale Negierung des modernen Westens, des Westens, vor vierhundert Jahren am Beginn der modernen Ära entstanden.“⁷¹

⁷⁰ RONALD G. SUNY, *Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford, CA 1993, S. 111.

⁷¹ Zit. nach MILAN KUNDERA, *The Tragedy of Central Europe*, in: *The New York Review of Books*, 26.04.1984, S. 33; DERS., *Die Tragödie Mitteleuropas*, in: *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*, hg. v. ERHARD BUSEK, Wien 1986, S. 133–144; zum weiteren politischen Kontext mit Bezügen zur Gegenwart vgl. MARTIN SCHULZE-WESSEL, *Konvergenzen und Divergenzen in der europäischen Geschichte vom Prager Frühling bis heute*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43 (2017), H. 1, S. 92–109.

Kundera beklagte nicht so sehr den Untergang der europäischen Kultur als vielmehr die Erosion – und wie in der ČSSR die Zerstörung – der *Inteligencija*, der östlichen, sozialistisch überformten Spielart von Bildungsbürgertum.⁷² Dieser Begriff war im 19. Jahrhundert in Mitteleuropa entstanden, überlebte, zunächst negativ, dann positiv konnotiert in der Sowjetunion, und er tauchte nach 1945 in Ostmitteleuropa wieder auf. Er beschrieb eine quasi ständische gesellschaftliche Hierarchie. In ihrem Rahmen hatte die alimentierte (und staatlich eingehegte) Intelligenz in dienender Funktion Kultur und Wissen zu produzieren und die Macht zu legitimieren. Diese der Macht, dem „Proletariat“ als herrschender Klasse dienende Funktion wurde manchmal direkt oder indirekt infrage gestellt.⁷³ Typisch für die Kulturproduktion in fast allen sozialistischen Ländern war seit dem Tauwetter die herausragende Rolle von Kulturzeitschriften, in denen oft genug politische Fragen verhandelt wurden. Im Grundsatz entsprach dies dem bildungsbürgerlichen Ideal der Kommunisten, ein Ideal, das auf Dauer nicht funktionieren konnte. Denn Kultur und Macht, Kultur und Politik folgten und folgen sehr unterschiedlichen Koordinaten. Nur im Stalinismus konnten sie zwangsweise und zwanghaft als Einheit gedacht und als Einheit behandelt werden.

Entscheidend für die Resonanz des Textes von Kundera aber war die Abgrenzung von der sowjetischen Zivilisation, übrigens auch von der Deutschlands. Die Betonung der Eigenart „Mitteleuropas“ war spätestens seit Entstehung der neuen Staaten aus der Erbmasse der Habsburgermonarchie und des Russischen Reiches ein Thema, das Historiker und Intellektuelle umtrieb.⁷⁴ Diese Diskussion erhielt mit Kunderas Beleuchtung eine neue politische Dimension, attraktiv für alle Kritiker und Oppositionellen in den Ländern „Mitteleuropas“, aber auch eine Mahnung an die westlichen Intellektuellen mit ihrem geringen Interesse für die Vorgänge jenseits des Eisernen Vorhangs.

⁷² DIETRICH BEYRAU, *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985*, Göttingen 1993, S. 9–13.

⁷³ Richta-Report. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, hg. v. RADOVAN RICHTA, Frankfurt am Main 1971; GYÖRGY KONRÁD / IVÁN SZELÉNYI, *Die Intelligenz auf dem Wege zur Klassenmacht*, Frankfurt am Main 1978.

⁷⁴ OSKAR HALECKI, *Borderlands of Western Civilization*, New York 1952; deutsch: *Grenzen des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas*, Salzburg 1957; JENŐ SZÜCS, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt am Main 1994; JOACHIM VON PUTTKAMER, *Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2010; KARL SCHLÖGEL, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin 1986.

Dies geschah zu einer Zeit, als die Grenzen nach Westen für Ungarn und Polen viel durchlässiger waren als in den 1950er und 1960er Jahren und als die Diversität unter den sozialistischen Ländern viel ausgeprägter war als nach 1948. Waren die Regime – um eine stalinsche Formel aufzunehmen – in den 1950er Jahren national in der Form und sozialistisch im Inhalt, so waren sie in den 1980er Jahren fast schon nationalistisch im Inhalt und nur noch sozialistisch in der Form. Aber selbstverständlich entsprachen sie nicht dem bildungsbürgerlichen Ideal, das Milan Kundera entworfen hatte. Als Kontrast zur tristen Realität mobilisierte diese Interpretation aber jene Angehörigen der Intelligenz, die vom Regime drangsaliert wurden und nach neuen Perspektiven suchten. Es bedurfte erst der Krise im Zentrum des Imperiums, um das externe Imperium sich selbst zu überlassen.

Resümee

Die Sowjetunion lässt sich ohne weiteres als „imperiale Formation“, unter Stalin gar als Imperium bezeichnen. Zu Beginn der 1930er Jahre hatten sich alle Sowjetrepubliken dem Diktat einer vom Moskauer Zentrum vorgegebenen Industrialisierung und Aufrüstung zu unterwerfen. Es war begleitet von der Propagierung eines machtsstaatlich und russisch konnotierten Sowjetpatriotismus. Nach dem Sieg von 1945 schuf sich die Sowjetunion ein Glacis und erzwang dessen Strukturangleichung. Den „Satelliten“ wurde ein subalterner Status zugewiesen, der zudem mit Ausbeutung verbunden war. Dies waren klassische Kriterien für die Kennzeichnung von Imperien. Weniger eindeutig wurde die Situation nach 1953/56, als den Parteien im Innern größere Spielräume gestattet wurden und sich das politische Profil der Führung, die Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft und die Entstehung gesellschaftlicher Freiräume sehr unterschiedlich entwickelten. In bescheidenem Umfang galt dies selbst für die Außenbeziehungen, wenn man an Polens Initiative für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan), an Eskapaden Ceaușescu oder die offensichtlich geringe Begeisterung für die forcierte sowjetische atomare Rüstung in den 1980er Jahren in der DDR und Ungarn denkt.

Ein Kriterium zur Beurteilung der Grenzen von Souveränität der seit den 1970er Jahren im „sozialistischen Weltsystem“ verorteten Sowjetrepubliken und der Staaten Ostmitteleuropas wäre das Ausmaß der sicher sehr unterschiedlichen Intervention des Moskauer Zentrums bei der Auswahl der Partei- und Regierungschefs und der (geheimdienstlichen)

Durchdringung der Partei- und Staatsapparate, insbesondere auch des Militärs. Hinzu kam, dass die Sowjetunion ihr Vorfeld in der Weise beherrschte, dass sie nach 1968 Reformen unterband, die Verhinderungspolitik aber mit einer zunehmenden Subventionierung bezahlte. Auch einige Sowjetrepubliken stellten unter ökonomischen Gesichtspunkten sicher keine Bereicherung des Zentrums dar. In beiden Fällen zeigte sich einmal mehr eine Strukturdominanz, die sich mit dem Begriff der „imperialen Formation“ angemessen kennzeichnen lässt.

Wenn interne Kritiker den Nationalismus der kommunistischen Regime als unecht und als Fassade charakterisierten, so unterschätzen sie wohl die Attraktivität der Art und Weise, in der der Nationalismus zur Geltung gebracht wurde. Dies bezieht sich in erster Linie auf die ethnische Homogenisierung der Nachkriegsgesellschaften – und im Falle Polens auch auf seine Westverschiebung. Bis mindestens in die 1970er Jahre hinein war wegen der Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg der anti-deutsche Reflex konstitutiv für den Nationalismus in diesen Ländern. Die meisten historischen Feiern und Gedenktage hatten etwas mit der Abgrenzung von deutscher (im Falle Ungarns von österreichischer) Geschichte und deutscher (österreichischer) Übermacht zu tun. Nationalistische Narrative aus der Zeit der Zwischenkriegszeit behielten ihre Geltung, zeitweilig durch Klassenkampfparolen erweitert.

„Unecht“ war der Nationalismus nur insofern, als historische und aktuelle Interessendivergenzen und Konflikte mit Russland bzw. der Sowjetunion öffentlich nicht thematisiert werden durften. Auch mit den Nachbarn – etwa zwischen Ungarn und Rumänien – konnten sie nur sehr verdeckt angesprochen werden. Als „unecht“ mochte dieser Nationalismus auch insofern gelten, als maßgebliche politische Figuren der Zwischenkriegszeit wie Piłsudski, Masaryk oder Horthy mehr oder minder marginalisiert wurden. Der schon vor dem Krieg etablierte kulturelle Kanon wurde nach 1948 nach „links“ verschoben, indem man die nationalen Kulturgrößen – wie in der Sowjetunion – mit dem Etikett „fortschrittlich“ oder „revolutionär“ versah. Wenn die sowjetische Politik schon im Innern immer noch im Stadium des „Aufblühens“ der Nationen verharrte und ihre Verschmelzung zur historisch neuen Gemeinschaft nur unsystematisch und ohne allzu großen Nachdruck betrieb, so beließ sie es im „externen Imperium“ beim Stadium des Aufblühens, ergänzt lediglich durch das Russische als *lingua franca* des „sozialistischen Weltsystems“.